

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 und d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.



17/79
12. Dez.

Alle gezeichneten Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Genehmigung mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Wissenschaftsminister hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität angeschlossen.)

Neuausschreibung der Präsidentenstelle

Alle Kandidaten zogen Bewerbungen zurück

Die Universität Oldenburg schreibt noch in diesem Monat die Stelle des Präsidenten neu aus, nachdem die vom Senat in die engere Wahl gezogenen Bewerber, Professor Jost von Maydell, Professor Irene Pieper-Seier und Dr. Jürgen Weißbach, ihre Kandidatur zurückgezogen haben. Anlaß dafür war die Entscheidung des Obergerichtes Lüneburg, das den Rechtsschutz für Weißbach aufgehoben hat.

Das OVG stellte seinen Beschluß den beteiligten Parteien ohne Begründung zu, was nicht nur beim Senat Befremden ausgelöst hat. Die Entscheidung des Gerichts fiel aufgrund einer Beschwerde des Wissenschaftsministers gegen einen Beschluß des Verwaltungsgerichts Oldenburg, das Weißbach in einer

Weißbach zog daraus die Konsequenzen. Vor dem Senat erklärte er, der Beschluß des OVG und die Haltung des Ministers bewirkten, daß nur ein jahrelanger Rechtsstreit zu einem Erfolg seiner Klage führen könne. Dies aber sei für die Funktionsfähigkeit der Universität schädlich. Er wolle den Weg für eine baldige Wahl des Präsidenten freimachen. Der Senat hat diese Haltung unter den gegebenen Umständen begrüßt.

Maydell und Pieper-Seier zogen mit ihrem Rücktritt die Konsequenzen aus ihrer Ankündigung aus dem Sommer dieses Jahres. Damals hatten sie erklärt, sie wären nicht bereit zu kandidieren, wenn Weißbach nicht als Präsidentschaftskandidat zugelassen würde. In einem Schreiben an den Minister hatten sie gemeinsam mit dem bereits im Oktober zurückgetretenen Kandidaten Dr. Rolf Berger ihre Ankündigung damit begründet, der Minister dehne mit seiner Weigerung, Weißbach zuzulassen, den bürokratischen Eingriff zu Lasten der universitären Selbstverwaltung aus und lähme entgegen den Erklärungen der Landesregierung die Initiativen und Freiheiten bürgerlicher Selbstgestaltung. gh

Konzil unterbrach seine Sitzung

Das Konzil hat heute seine Sitzung aus zeitlichen Gründen unterbrochen und wird sie am kommenden Mittwochmittag fortsetzen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Auseinandersetzung um das politische Mandat des ASTA.

einstweiligen Anordnung Rechtsschutz gewährt hatte. Es tat dies, weil es einen Erfolg des Leiters der KWW in der Hauptverhandlung um die Feststellung seiner Qualifikation für das Präsidentenamt nicht ausschließen mochte. Der Spruch des OVG hat nun diese Aussichten stark verschlechtert.



»O, du fröhliche...«

Konflikt um politisches Mandat

Senat gegen Ministererlasse - Satzung für Studentenschaft wird oktroziert

Einstimmig hat der Senat der Universität Oldenburg auf seiner letzten Sitzung gegen die Versuche der niedersächsischen Landesregierung protestiert, den Entzug des politischen Mandats durch Einschränkung der Diskussionsfreiheit und einseitige politische Zensur von Meinungsäußerungen der Studentenschaft durchzusetzen. Er lehnte rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen den ASTA der Universität ab.

Im Mittelpunkt der Senatsdiskussion, die unter teilweise lebhafter Be-

teiligung von Studenten geführt wurde, standen zwei Erlasse des Wissenschaftsministers, in denen die Universitätsleitung aufgefordert worden war, rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen Organe der Verfaßten Studentenschaft zu treffen, weil diese in angeblich rechtswidriger Weise von einem „allgemeinpolitischen Mandat“ Gebrauch gemacht hätten. Dem MWK waren von bislang unbekannter Seite Protokollauszüge einer Sitzung des Studentenparlaments (Stu-

Pa) vom Mai dieses Jahres sowie Auszüge aus Flugblättern des ASTA zur Aktionswoche, die im StuPa diskutiert worden sein sollen, zugespielt worden.

Nach mehreren Gesprächen zwischen Universitätsleitung und ASTA gab der ASTA dem Präsidentenbeauftragten Professor Hans-Dietrich Raapke eine Stellungnahme zu den vom MWK angesprochenen Vorgängen ab. Darin wird u. a. erklärt, die Studentenschaft gehe davon aus, das politische Mandat sei nicht in einem, dem ASTA als Zwangskörperschaft erlaubten hochschulbezogenen Bereich sowie in einen nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz Fortsetzung Seite 2



Zurückgetreten: Jost von Maydell, Irene Pieper-Seier, Jürgen Weißbach

Studenten errangen Teilerfolg vor OVG

Recht auf ordnungsgemäßes Studium nicht von der Hand zu weisen

Die 30 Oldenburger Physikstudenten, die im vergangenen Jahr auf ein ordnungsgemäßes Studium in ihrem Fach klagten, haben jetzt in 2. Instanz in der Sache einen Teilerfolg errungen. Im Gegensatz zum Verwaltungsgericht Oldenburg wies auf Grund einer Beschwerde das Obergericht Lüneburg ein verfassungsmäßiges Recht für Studenten auf Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Studiums „nicht von vornherein von der Hand“. Das OVG begründete dies damit, daß durch die Immatrikulation und die dadurch erworbene Mitgliedschaft in der Hochschule zu Gunsten der Studenten Rechte und Pflichten begründet würden, aus denen ein Anspruch auf Mindestmaß an Veranstaltungen erwachsen könne. Das ergebe sich daraus, daß der Student in der Regel gehal-

ten sei, sein Studium nach den Studienplänen einzurichten und nach Möglichkeit ohne Zeitverlust abzuschließen. Dementsprechend hätten laut OVG andererseits die Fachbereiche als organisatorische Grundeinheiten der Hochschule darüber zu wachen, daß dem Studenten ein erfolgsversprechendes Lehrprogramm angeboten werde. Allerdings stellte das Gericht gleichzeitig fest, daß die Einhaltung dieses Grundsatzes nur dann verlangt werden könne, wenn dies von der Universität als Beklagter auch zu realisieren sei.

Diese in der Sache den klagenden Studenten zum Teil folgende Argumentation konnte jedoch aus prozessualen Gründen nicht dazu führen, daß ihrem Antrag auf einstweilige Anordnung stattgegeben wurde. Denn alle Beteiligten

des Rechtsstreites - neben den Studenten die Universität Oldenburg und der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst - waren sich darüber einig, daß die Grundlage des Rechtsstreits entfallen ist, denn der beantragte Rechtsschutz bezog sich auf das Sommersemester 1978 und das Wintersemester 1978/79. Außerdem sind sich alle Parteien darüber einig, daß jetzt ein ordnungsgemäßes Studium im Fach Physik an der Universität Oldenburg gewährleistet ist (AZ: X OVG B 1735/78).

In einer Stellungnahme begrüßte die Universität Oldenburg ausdrücklich die Aussagen in der Begründung des Beschlusses des OVG Lüneburg. Damit werde die allgemeine Verunsicherung unter den Studenten abgebaut.

Gast aus der Sowjetunion

Professor Dr. Daniel Proektor, Direktor des Instituts für internationale Beziehungen und Wirtschaft der Akademie der Wissenschaften der UdSSR aus Moskau, wurde anläßlich einer Podiumsdiskussion von dem beauftragten Interimspräsidenten der Universität, Professor Hans-Dietrich Raapke, empfangen. Proektor warnte vor einer Verschlechterung des Klimas in Europa durch neue Beschlüsse der Nato zur Rüstung.

Untersuchung von Marschböden

Das Bundesinnenministerium fördert ein Forschungsvorhaben des Bodenkundlers Prof. Harald Gebhardt zum Thema „Bodenkündliche Kennzeichnung und Nuklid-Austauscheigenschaften von Marschböden“ mit einem Betrag von 115.000 Mark. Gebhardt wird seine Untersuchungen mit dem Bremer Forschungsprojekt „Transfer von radiologisch wichtigen Nukliden von Boden und Pflanzen bei Dauerweiden auf Marschböden“ koordinieren.

Lärmuntersuchungen der Physik

Wissenschaftler wollen einheitliche Meßvorschriften entwickeln

Die Auswirkung und Minderung von Lärm ist ein Schwerpunkt der Forschung im Fach Physik an der Uni Oldenburg. Jeder kennt aus eigener Erfahrung die große Spannweite der Schallwirkung: Sehr laute Schallergebnisse schädigen erkennbar das Gehör, nicht ganz so lauter Schall ist für den einen bereits unerträglicher Lärm, für den anderen notwendige Freizeitbeschäftigung im Fortissimo der Streicher oder der Base-Drum. Die laute Schreibmaschine wirkt zwar nicht mehr unmittelbar schädigend auf das Ohr, dennoch bestritt niemand die nervende Geräuschkulisse, der viele Mitarbeiter (innen) tagtäglich ausgesetzt sind. Der Streß durch Verkehrslärm ist jedem bekannt, auch wenn die Lautstärke des Schalls - isoliert betrachtet - nicht gleich Schwerhörigkeit hervorruft. Es ist bislang noch nicht gelungen, eine einheitliche Meßvorschrift zu entwickeln, die aus dem physikalischen Schalldruckverlauf eine Größe bestimmt, die ein Maß für die Störwirkung von Lärm schlechthin darstellt. Erstzunehmende Argumente sprechen auch dagegen, jede Sorte von Schall in gleicher Weise meßtechnisch zu behandeln. Erwartet werden sollte jedoch, daß Lärm zumindest einer Kategorie einheitlich erfaßt und in einen Zahlenwert umgesetzt wird, der etwas mit der (durchschnittlichen) subjektiven Störung, Belästigung usw. durch diesen Lärm zu tun hat. So ist es verwirrend für die Betroffenen, wenn z.B. auf dem Gebiet des Verkehrslärms Dutzende verschiedener Meß- und Rechenvorschriften Zahlenangaben (meist in der nicht einmal normgerechten „Einheit“ Dezibel) produzieren. Ein-sichtige Vergleiche zwischen Straßenlärm, Nachbarschaftslärm, Fluglärm, Baulärm usw. werden verhindert, und Empfehlungen, Erlasse, Vorschriften drohen das konkrete Lärmproblem etwa von Anwohnern an einer Umgehungsstraße zu verschütten.

In den vergangenen Monaten spiegeln Zeitungsmeldungen die politische Auseinandersetzung um die Festlegung von (ökonomisch) vertretbaren Lärmgrenzwerten im Wohnbereich wider. Diese Werte sind ein gewisses Maß für die subjektiv empfundene, mittlere Lautstärke des Schalls: Lärm von Schienenfahrzeugen wird jedoch nach neuesten Felduntersuchungen in dieser Bewertung nur etwa halb so lästig empfunden wie Autolärm - die Bahn reklamiert deshalb gleich einen „Bonus“ für ihren Lärm.

Untersuchungen, die zur Verkehrs-lärmproblematik an der Uni Oldenburg durchgeführt werden, weisen den Weg zur einheitlichen, vergleichbaren Erfassung von subjektiv empfundener Lautstärke und Lästigkeit (zumindest für Verkehrslärm). Das Land Niedersachsen unterstützte mehrere Forschungsvorhaben zu dieser Problematik, die jetzt kurz vor dem Abschluß stehen.

Über eine Weiterentwicklung des recht naturgetreuen Schallaufnahme- und Wiedergabesystems über Kunstkopf wurden viele Verkehrslärmarten registriert und im Labor verglichen. Es zeigte sich, daß physikalische Meßvorschriften eine ähnliche Bewertung des Lärms vornehmen wie der durchschnittliche Hörer, wenn in der Meßvorschrift gewisse Erkenntnisse in der Signalverarbeitung des Gehörs berücksichtigt sind, wie etwa die Gesetzmäßigkeiten in der Bildung der subjektiv empfundenen Lautheit. Bei Verkehrslärm treten Lautheit und Lästigkeit praktisch in der gleichen Skala auf.

Industriegeräusche zeigen dagegen eine viel höhere Variabilität; man denke etwa an kreischende Fräsen oder zischende Pneumatiksteuerung. Gerade tonale Elemente im Geräusch führen zu erhöhter Belästigung. Aus diesem Grund kann bei gesetzlich vorgeschriebenen Lärm-messungen vom Gutachter ein mehr oder minder willkürlicher „Tonzuschlag“

gegeben werden. Um hier eine einheitliche Meßvorschrift zu entwickeln, wurde vom Umweltbundesamt in Berlin ein Forschungsauftrag an die Oldenburger Uni erteilt. Basierend auf der Untersuchungsmethode, die sich beim Verkehrslärm bewährt, werden zur Zeit verschiedene Industriegeräusche erfaßt und genauer untersucht. Volker Mellert

Mathe-Leitfaden

Die Studienkommission Mathematik weist darauf hin, daß der Leit-faden für das Lehramtsstudium Mathematik genehmigt und über die Fachbereichsbibliothek IV (AVZ) und in der Bernhardstraße 2-4 zu beziehen ist.

Gespräch in Groningen

Am 20. Dezember wird Interimspräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke zu Gesprächen mit Vertretern der Universität Groningen nach Holland fahren.

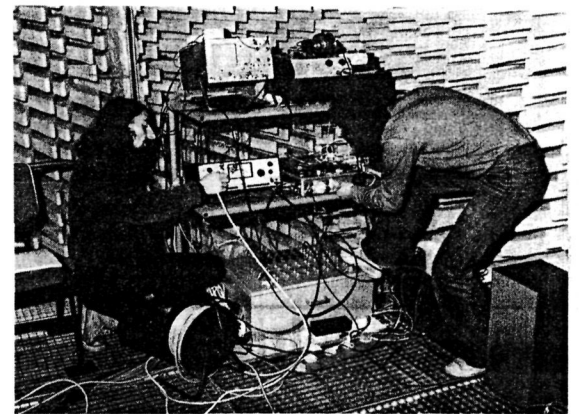
Ölteppich im Watt

Am Morgen des 23. November, dem 2. Tag des Forschungskolloquiums von Mitgliedern meeresforschender Institutionen aus Kiel, Hamburg, Bremerhaven, Wilhelmshaven und Oldenburg, war keine telefonische Information über den auf die nordfriesischen Watten zutreibenden Ölteppich zu erhalten. Es gab keinen „Meldekopf“, niemand war auf der Suche nach der für den biologischen Sektor dieses Falles einschlägigen Expertengruppe, die sich in Oldenburg versammelt hatte. Dieser blieb nichts übrig, als zum Tagesordnungspunkt zurückzukehren, der da lautete: Wie kann die Aufarbeitung des Ölnfalls vom 9. Oktober in der Unterelbe bei Stade in das Forschungsprogramm integriert werden? Dort hatte der Binnentanker „Paul Burmeister“ mit 160 t schwerem Heizöl 13 km schiffbestandene Wattflächen schwer getroffen (nachdem erst am 13. September ihr Schwesterschiff „Christoph Burmeister“ einen leichteren Ölnfall ebenfalls in der Unterelbe erlitten hatte).

Nach ca. 8 Beinahe-Unfällen in der Jade und den dort auftretenden bis zu 26 Öl-„Leckagen“ pro Jahr wäre diese Aktualisierung der Forschungsmotivation überflüssig gewesen. Seit Anfang 1979 finanziert das Umweltbundesamt mit bisher ca. DM 350.000,- ein Vorhaben „Auswirkungen von Ölnfällen vor der deutschen Küste auf das Ökosystem „Wattenmeer“, das gemeinsam und koordiniert von 8 Forschungsinstitutionen (darunter dem Projekt „Umweltentwicklung und -planung im küstennahen Gebiet“ in Oldenburg) bearbeitet wird. Mit Hilfe von 2 Versuchsfeldern im Hooksier Watt wird die Wirkung von Ölschmutzungen auf Organismengruppen und

Stoffumsätze untersucht. Während die im engeren Sinne biologischen Unterthemen überwiegend in den Händen der auswärtigen Kollegen liegen, bearbeitet das Oldenburger Projekt die chemischen und mikrobiologischen Fragen. Am 22. November war in 15 Kurzreferaten (darunter vier aus Oldenburg) Zwischenbilanz gezogen worden. Dabei ergab sich ein uneinheitliches Bild: Während für einzelne Organismengruppen unter den Versuchsbedingungen eine Beeinträchtigung durch Öl bisher nicht oder kaum belegbar ist, reagieren einige chemische Summenparameter deutlich und zeigen an, daß schon eine relativ geringe Ölauf-lage geeignet ist, die Konzentrationsverhältnisse im Sediment signifikant zu verändern. Im wesentlichen war aber Ergebnis der Diskussionen, daß die an vergleichsweise winzigen und sehr subtil mit Öl behandelten Versuchsflächen gewonnenen Daten immer nur sehr begrenzte Aussagen zulassen werden, deshalb auch die Hinwendung eines Teils der mitarbeitenden zu den großflächigen Ölverschmutzungen bei Stade und die steigende Bedeutung, die Laborversuche in dem Forschungsprojekt gewinnen. Während im Jahr 1979 die Wirkung von Rohöl untersucht wurde, wird 1980 die Frage der Detergenzien und ihrer Wirkungen auf das Ökosystem hinzugenommen werden. Dabei wird sich die Gruppe auf ein neues Produkt konzentrieren, das vom ökologischen Standpunkt her trotz Aufrechterhalten vieler Bedenken als einigermaßen akzeptabel angesehen wird. Das Kolloquium diente der Vorbereitung des Zwischenberichtes, der am 12. Dezember in Bremerhaven gemeinsam mit dem Umweltbundesamt diskutiert werden wird.

Thomas Höpner



In einem reflexionsfreien Raum im AVZ arbeiten die Physiker vornehmlich mit dem sogenannten Kunstkopf. Foto: Raether

Konflikt um politisches Mandat

Fortsetzung von Seite 1

(NHG) verbotenen allgemeinpolitischen Bereich aufteilbar. Eine solche „willkürliche Trennung des politischen Mandats“ öffne „beliebigen Eingriffen der Justiz und Verwertung in die studentische Selbstverwaltung Tür und Tor“. Auch die Konstruktion der Verfaßten Studentenschaft als Zwangskörperschaft könne nicht als Argument gegen die Inanspruchnahme des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung durch den AstA gelten, da „die individuelle Meinung (einzelner Studenten - d. R.), die Meinungslosigkeit oder eine abweichende Meinung nicht ausgeschlossen wird“, die demokratisch gewählten Organe der Studentenschaft seien „in hohem Maße der demokratischen Kontrolle unterworfen“. Daher verzichte der AstA nicht auf das politische Mandat.

Auf diese Stellungnahme reagierte Raapke mit einer „rechtsaufsichtlichen Belehrung“ des AstA hinsichtlich der Aufgaben der Studentenschaft, in der er auf die im NHG festgelegten Aufgaben der Studentenschaft hinweist. Zugleich stellte er fest, daß damit auch „das Recht zu politischen Erklärungen und Meinungsäußerungen durch die Organe der Studentenschaft“ abgedeckt sei, „sofern diese einen unmittelbaren und erkennbaren Bezug zu den Aufgaben der Hochschule“ gemäß NHG und Grundordnung der Universität Oldenburg aufwiesen, unter den genannten Voraussetzungen sei „die Behandlung allgemeiner politischer Begründungszusammenhänge“ nicht ausgeschlossen. Abschließend wird darauf hingewiesen, daß in dem vom MWK mitgeteilten Auszug aus den Texten zur Aktionswoche des AstA dieser erforderliche konkrete Bezug auf die Aufgaben von Hochschule und Studentenschaft nicht hergestellt sei. Beide Texte, die AstA-Stellungnahme sowie das Schreiben der Universitätsleitung, wurden in einem Bericht als Antwort des Präsidenten auf die erwählten Erlasse dem MWK zugeleitet.

Als Resümee der auf der Grundlage dieser Positionen von AstA und Universitätsleitung geführten Senats-

diskussion stellte der Senat in seinem Beschluß fest, die Universitätsleitung weiche in diesem Bericht von der grundsätzlichen Auffassung der Universitätsleitung zur Frage des Rechts auf freie Meinungsäußerung ab.

Ein zweiter, den Beteiligten durch das NHG aufgeworfener Konflikt zwischen Studentenschaft und Hochschulleitung gefährdet möglicherweise die im Januar anstehende Neuwahl des StuPa und damit die Funktionsfähigkeit der Verfaßten Studentenschaft. Denn der MWK geht, anders als die Universität, davon aus, daß die aus der Zeit der Pädagogischen Hochschule stammende Satzung der Studentenschaft keine Rechtsgültigkeit besitze; auch sei die bisherigen Wahlen zugrunde gelegte Wahlordnung mit dem NHG nicht vereinbar und damit außer Kraft. In einem Schreiben an den AstA teilte der Präsidentenbeauftragte diesen Sachverhalt mit und bat den AstA, das StuPa zu veranlassen, eine nicht im Widerspruch zum NHG stehende Satzung und Wahlordnung zu verabschieden. Sollte dies bis zum 14. Dezember nicht erfolgen, sei er im Interesse einer Sicherstellung der Wahlen gezwungen, im Wege eines Oktrois, dem MWK eine Satzung für die Studentenschaft zur Genehmigung vorzulegen.

So wird es dann auch wahrscheinlich geschehen, da es sowohl der AstA als auch das Studentenparlament abgelehnt haben, eine dem NHG angepaßte Satzung vorzulegen.

Johannes Buchrucker

Bücher Außenstelle

Seit diesem Semester besteht die Möglichkeit, in der Außenstelle Wechloy der Bibliothek (Freihand-Magazin im ehemaligen „familia“-Gebäude) Bücher auch direkt auszuliehen. Wie die Bibliotheksverwaltung mitteilt, ist der Bestand montags bis freitags von 9-15 Uhr zugänglich. Rückgabe und Verlängerung der Bücher erfolgen in der Zentralbibliothek im AVZ. Dort können auch weiterhin Bestellungen aufgegeben werden, die dann am nächsten Öffnungstag ab 11 Uhr vorliegen.

Bilanz der Kooperation zwischen Hochschule und Gewerkschaft

Mitte Dezember jährt sich zum fünften Male der Abschluß des Kooperationsvertrages zwischen der Universität einerseits, dem Landesbezirk Niedersachsen des DGB und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben andererseits.

Neben Bremen hat Oldenburg damit die längste Tradition der Zusammenarbeit von Hochschule und Gewerkschaft aufzuweisen. Andere Hochschulen, wie Bochum, Saarbrücken, Berlin, Dortmund oder Hamburg sind gefolgt, zum größeren Teil allerdings nur noch auf der Basis partieller Abkommen. Anlaß genug jedenfalls, die Erfahrungen, die mit diesen Modellen gemacht worden sind, im Zusammenhang zu reflektieren und auf ihre Möglichkeiten und Grenzen hin zu überprüfen. Getan haben dies

als Herausgeber eines umfangreichen Sammelbandes:

Hans Dieter Bamberg, Hans Jürgen Kröger und Reinhard Kuhlmann
HOCHSCHULEN UND GEWERKSCHAFTEN
Erfahrungen, Analysen und Perspektiven gewerkschaftlicher Kooperationspraxis
Bund-Verlag, Köln 1979, 541 Seiten, DM 39,-.

Die Herausgeber handeln ihr Thema in geradezu enzyklopädischer Breite ab und ermöglichen dadurch auch kritischen Lesern ein fundiertes Urteil über Bedingungen, Zielsetzungen und praktische Umsetzungsversuche der Kooperation zwischen den bei-

den so unterschiedlich strukturierten gesellschaftlichen Institutionen. Ausgehend von den sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen der Kooperation, bei denen auch die historische Dimension nicht vergessen wird, werden die verschiedenen Modelle der Zusammenarbeit und spezifische Kooperationsfelder von Beteiligten beider Seiten dargestellt (für Oldenburg: Wolfgang Schultz (DGB) und Rainer Krüger).

Ein besonderer Abschnitt des Bandes ist dem Thema „Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse“ gewidmet. Er enthält Aufsätze von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern zur Interessenorientierung von Wissenschaft, zu den Erfahrungen, die die Gewerkschaften bei der Verwertung und Umsetzung von wissenschaftlichen

Ergebnissen machen, aber auch zur Rückwirkung der Kooperation auf die Hochschulen selbst. Ein umfangreicher Dokumentenanhang, der Beiträge führender Gewerkschafter zur Kooperation sowie die Texte der verschiedenen Kooperationsverträge enthält, beschließt das verdienstvolle Unternehmen. Bekanntlich ist die Kooperation von verschiedenen Seiten heftig angefeindet, gelegentlich auch mit administrativen Mitteln und juristischen Argumenten bekämpft worden. Eine Betrachtung der bisherigen Ergebnisse der Kooperation zeigt, daß ungeachtet dieser Schwierigkeiten und der Probleme, die sich aus der unterschiedlichen inneren Struktur beider Kooperationspartner ergeben, die schrittweise Ausweitung der Koope-

rationsbeziehungen in einer Weise gelungen ist, wie dies in der bisherigen Geschichte beider Institutionen noch nie der Fall war.

Sicherlich, die Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen (und ihrer Verbände) hat ungleich größere Dimensionen. Aber sie vollzieht sich selten in voller Öffentlichkeit, geschweige denn auf der Basis demokratischer Beteiligungsformen, wie sie für die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Hochschulen charakteristisch ist. Die positiven Erfahrungen der ersten, oft mühsamen Ansätze der Verständigung zwischen Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen lassen für die zukünftige Kooperation einiges erwarten. Dies belegt die vorliegende Untersuchung überzeugend.

E. Schmidt

Expertengruppe fordert Studiengang Zahnmedizin

Hervorragende Standortfaktoren für das härteste Numerus-clausus-Fach

Nach knapp einjähriger Vorarbeit hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Zahnärztekammer, der Leiter der örtlichen Kliniken, der Universität und auswärtiger Experten eine detaillierte Planung für die Einrichtung eines Studienganges Zahnmedizin an der Oldenburger Universität vorgelegt. Auf Grund dieser Vorlage haben die Stadt und die Hochschule gemeinsam an die Landesregierung appelliert, den von der Universität Anfang des Jahres beantragten Studiengang zu genehmigen.

Für eine Oldenburger Option spricht die bisherige ausgeprägte Unterverwaltung mit Zahnmedizinern im Regierungsbezirk Weser-Ems. Oberstadtdirektor Heiko Wandscher nennt Zahlen. In einigen Bereichen der Region müsse ein Zahnarzt etwa 3000 Einwohner versorgen. Eine stationäre Versorgung sei für die insgesamt mehr als zwei Millionen Einwohner des Bezirkes überhaupt nicht gegeben, so daß sich die Patienten an die Einrichtungen in Hannover, Münster oder Hamburg wenden müßten.

Die Arbeitsgruppe hat ferner ermittelt, daß sich die Universitätsabsolventen mit Vorliebe in der Nähe ihres Studienortes ansiedelten, so daß die Oldenburger Studenten der Zahnmedizin auch tatsächlich eine verbesserte Versorgung annehmen ließen. Oldenburg selbst bietet zahlreiche kostengünstige Voraussetzungen:

● Die Universität wird nach dem Ausbau der Naturwissenschaften Personal und Laboreinrichtungen für die Ausbildung in Physik, Chemie, Biologie und gegebenenfalls auch in Physiologie sowie in der physiologischen und klinischen Chemie zur Mitnutzung bereitstellen können.

● In den städtischen Kliniken kann mit Ausnahme der zahnklinischen schon jetzt die praktisch-klinische Ausbildung gesichert werden, die in der Verantwortung der überwiegend habilitierten Chirurgen steht. Die heute noch fehlende Dermatologie soll nach dem Willen der Stadt in den nächsten Krankenhausfinanzierungsplan aufgenommen werden.

● Für die Ausbildung in Zahn-, Mund- und Kieferchirurgie könnte vorübergehend die Abteilung Kiefer- und Gesichtschirurgie der Städtischen Kliniken benutzt werden. Die von der Stadt und der Universität getragene Arbeitsgruppe empfiehlt, mit dem Studienbetrieb des klinischen Studienabschnitts zu beginnen. Es könnte so der besondere Engpaß in der Ausbildung an den Behandlungstühlen in anderen Hochschulen entschärft werden. Zudem müßten zunächst nur die Abteilung Prothetik, Konservierende

Abteilung und die Abteilung Kieferorthopädie der Zahnklinik errichtet werden. Langfristig sollten die Ergänzungen für die vorklinische Ausbildung geschaffen werden. Der beauftragte Interimspräsident

Einspruch gegen den Bebauungsplan 448

Stadtrat ändert Flächennutzung für den Standort Wechloy

Mit großer Sicherheit werden das Land und die Universität Einspruch gegen den am vergangenen Montag vom Rat der Stadt Oldenburg zur Auslegung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 448 für den Uni-Standort Wechloy erheben, auf dem die naturwissenschaftlichen Gebäude und weitere Sportanlagen errichtet werden sollen. Denn entgegen ursprünglichen Plänen hat jetzt der Rat bestimmt, an der Nordseite des Drögen-Hasen-Weges ein allgemeines Wohngebiet auszuweisen, wodurch Flächen für den Uni-Ausbau verlorengingen und der Ankauf weiterer Grundstücke erforderlich wäre.

In Oldenburg wird in diesem Zusammenhang von Landschaftsschutz gesprochen. Um Grundstücksspekulationen soll es sich nicht handeln. Die Fläche, die nun für Wohnhäuser vorgesehen ist, umfaßt etwa 16.000 Quadratmeter. Das Land und die Uni sind nicht zuletzt deshalb darüber empört, weil bei der Ausschreibung des städtebaulichen Wettbewerbs das gesamte Gebiet auf dem Sonderstandort Wechloy für den Uni-Ausbau ausgewiesen war - bis auf die Flächen, die bereits bebaut sind. Davon war auch das Land beim Kauf ausgegangen. 70 Prozent befinden sich bereits in seinem Besitz.

Nach Angaben des Uni-Planers Alexander Kleinloh müßten, wenn der Rat bei seinem Beschluß bleiben sollte, auf einem anderen Standort zusätzliche Grundstücke erworben werden - und das für

einen Gebäudekomplex mit 4000 Quadratmetern und botanische Freiflächen mit 8400 Quadratmetern

der Universität, Professor Dr. Hans Dietrich Raapke, wies insbesondere auf den bundesweiten Mangel an Studienplätzen in dem härtesten Numerus-clausus-Fach hin. Der Bedarf sei unumstritten und lasse sich auch nicht durch den Ausbau der bereits bestehenden zahnmedizinischen Studiengänge in Niedersachsen beheben, weil es dort - wie in Göttingen und Hannover - für die klinische Ausbildung der Studenten an der nötigen Zahl von Behandlungsfällen fehle.

Kurz notiert

„Zerkleinerungstechnik“ ist ein neues Schwerpunktprogramm der DFG. Die Aufgabenstellung bezieht sich auf die Erzeugung definierter Produkteigenschaften, Verringerung des Energiebedarfs und theoretische Beschreibung der Vorgänge für die sichere Auslegung von Zerkleinerungsanlagen. Da Zerkleinern und Klassieren insbesondere bei der Feinst- und Ultrafeinzerkleinerung zwei miteinander gekoppelte Grundverfahren sind, sollen in diesem Zusammenhang Klassierverfahren mit in die Betrachtungen einbezogen werden.

Kurz notiert

Tran Ngoc Quyen, III. Sekretär der Vietnam-Botschaft, dankte dem AstA der Uni und der ehemaligen Studentenvertretung der PH auf einer Veranstaltung für die in den vergangenen Jahren erwiesene Solidarität mit Vietnam. In seinem Vortrag zing der Diplomat auf die Auseinandersetzung seines Landes mit China und Kambodscha ein. Außerdem gab er eine Einschätzung seiner Regierung zum Flüchtlingsproblem Vietnams ab.

Der Kommentar



Prof. Dr. Rudolf zur Lippe zur Diskussion um die Organisationsstruktur

Noch einmal zur Organisation von Forschung und Lehre in unserer Universität. Wir lehnen es ab, über Gruppen, die an Forschung und Lehre beteiligt sind, ohne deren Einfluß auf die Entscheidungen zu verfügen. Einsparung gegen die Abschaffung von Paritäten darf aber nicht das Nachdenken über die sehr wohl vorhandenen Probleme der wissenschaftlichen Arbeit ersetzen. Die Voten der Fachbereiche gegen Institute und Seminare und für die Fächerstruktur - in Form von Fachkommissionen oder als neue Unterfachbereiche im FB IV - dürfen nicht den Anschein allgemeiner Begeisterung für den status quo erwecken. Dieser ist in mehrfacher Hinsicht durchaus unbefriedigend, wie es der Bedingungskatalog des FB II weitgehend aufzeigt. Einmal mehr drohen wirkliche Probleme verneigt zu werden, weil man Sorge hat, Wasser auf die falschen Mühlen zu leiten. Dabei verkommt aber der Kampf für ein formales Emanzipationskonzept zum Denkverbot, also zu einem Stück heimlicher Gegenklärung.

Dem Kollegen Schmidt (siehe Uni-Info 15/79) muß bei aller Berechtigung seiner Position entgegengehalten werden, daß die bisherige Struktur mit ihren Projekten keineswegs leisten konnte, was für die wissenschaftliche Arbeit an einer Universität zu planen, überschaubar zu machen, zu entscheiden, ins eigene wie ins öffentliche Bewußtsein zu heben wäre. Der Sog der oft zum Notbehelf gezwungenen Schulpraxis verhindert das freilich besonders stark. Ob die Diplomstudiengänge ausreichend Selbstreflexion entwickeln können über Stärken, Fehlstellen und Perspektiven, mag überlegt werden. Die Studienkommissionen leisten das jedenfalls, soweit ich sehe, keineswegs.

Um sich Aufgaben zu stellen und die Arbeit zu überprüfen, Zusammenarbeit der Disziplinen, Fächer und Gruppen zu organisieren, hatten

einmal sogenannte Arbeitsbereiche entwickelt werden sollen. Zu ihrer Einrichtung sind so wenig Anstrengungen unternommen worden, daß von ihnen gar nicht mehr die Rede ist. Umso mehr gilt weiter, was der Kollege Schulenberg (siehe Uni-Info 14/79) zur Notwendigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen, und seien es Institute und Seminare, gesagt hat, in denen es dann um eine Direktorialverfassung mit Stimmen der Gruppen geht. Seine Vermutung, daß viele Institutsgegner hoffen, ihr Seminar zu bekommen und ihre emanzipatorische Unschuld zu bewahren, ist noch nicht widerlegt. Meine Sorge ist, daß noch mehr von ihnen der Selbstreflexion auf unsere Arbeit und Organisation ausweichen. Der Streit, wie das Kind heißen sollte, hat an unserer Universität schon zu oft notwendige Selbstkritik ersetzt.

Die Frage ist allerdings umso heikler, als die Studienkommissionen nicht nur unter der Fülle heterogener und oft bürokratischer Aufgaben leiden, sondern auch unter der Abstinenz der Studenten von der Fachöffentlichkeit, die dazu führt, daß über die wenigen „studentischen Vertreter“ in vielen Fächern kaum an einer Willensbildung mit den Studenten gearbeitet werden kann. Dies schafft aber eine inzwischen unerträgliche Unverbindlichkeit der Situation, die selbst kooperative Lehrende in einseitige Verantwortung zu drängen droht. Gerade hier wirken die wissenschaftlichen Mitarbeiter als verbindende und initiale Kraft für einen reflektierten Zusammenhalt des Lehr- und Forschungsbetriebs. Ihre Wirksamkeit muß erhalten bleiben - aber als Teil stärker verantwortlicher wissenschaftlicher Einheiten. Für deren vernünftiges Funktionieren wäre freilich auch studentische Präsenz erforderlich - und zwar nicht wie jetzt, sondern wesentlich intensiver.

Studenten-Kindergarten zieht in Bauernhaus

Verein ruft Hochschulangehörige zur Mitarbeit für das Projekt in Wechloy auf - Spenden erwünscht

Seit Oktober wird in Wechloy schon gebaut: Am alten Bauernhaus Kückersweg / Ecke Drögen-Hasen-Weg, das auf dem Universitätsgelände liegt und vom Land zur Verfügung gestellt wurde, haben die Renovierungsarbeiten begonnen. Wände werden herausgerissen, neue hochgezogen, Gräben für die Kläranlage gezogen, bald

kommen die Fenster. Im August 1980 wollen zwei Kindergärten der „Studentenselbsthilfe-Kindertagesstätte e.V.“ hier einziehen. Der „Studentenselbsthilfe-Kindertagesstätte e.V.“ wurde im November 1967 aus einer Notsituation heraus gegründet. Er eröffnete ein halbes Jahr später den ersten Kindergarten

ein weiteres Jahr später den zweiten. Heute beherbergen zwei Abteilungen in der Tannenkamp- und in der Hauptstraße insgesamt 40 Kinder, die nicht nur 'verwahrt' werden, sondern aktiv betreut, gefördert, angeleitet. Dem praktizierten Erziehungsstil liegt ein lang durchdiskutiertes und immer wieder verbessertes Konzept zugrunde, das in 14tägigen Elternabenden seine Reflexion und Fortschreibung findet.

Diesem Konzept stehen jedoch die gegenwärtigen Raumbedingungen zum Teil entgegen: In der Tannenkampstraße sind in einem Raum 20 Kinder untergebracht, es gibt keine Möglichkeit, hier oder draußen zu toben. Für die Hauptstraße liegt für August 1980 die Kündigung vor. So entstand die Bauintiative Kückersweg, wo die Erziehungsarbeit wesentlich bessere Voraussetzungen finden wird: nämlich zwei Gruppenräume, Werk-, Turn- und Musikraum, Matschraum und einen großen Garten! Wo irgend möglich, werden die Bau-

arbeiten von Vereinsmitgliedern in 'Selbsthilfe' ausgeführt. Trotzdem ist im Finanzplan noch ein Loch, das der Verein durch Aktionen, Spendenaufrufe und Aufrufe zur Mithilfe am Bau auszugleichen versucht. So nahm eine Kindergartengruppe am Kinderfest des AstA am 6. Dezember teil, um durch den Verkauf von selbstgebackenem Kuchen und Getränken und dem Erlös aus Bastelarbeiten dem Neubau etwas zukommen zu lassen. Außerdem läuft an der Uni eine Altpapier-Sammelaktion, deren Erlös ebenfalls dem Kindergarten Kückersweg zugute kommt.

Vor allem werden aber weiterhin 'Hände' am Bau gebraucht: Mitarbeitswillige können sich bei Wilfried Dittrich, Lerchenstr. 8a, 2900 Oldenburg, melden. Dittrich: „Wir freuen uns über jeden Mit-Arbeiter, denn wir müssen den Bau schnellstens winterfest bekommen, wenn wir im August einziehen wollen. Denn dann müssen wir aus der Hauptstraße herats.“

Informationen zum 1. und 2. Studienabschnitt

Für Studenten des 1. und 2. Studienabschnitts bietet die Zentrale Studienberatung in Absprache mit den Studienkommissionen und Fachschaften für folgende Studiengänge Informations- und Beratungsveranstaltungen im nächsten Jahr an:

Politik	Di	8.1.	14.00	VG 106
Kunst	Mi	9.1.	13.00	VG 206
Sport	Mi	23.1.	13.00	VG 206
Musik	Mi	23.1.	14.30	VG 206
Englisch	Di	29.1.	14.00	VG 106
Physik	Mi	30.1.	13.00	VG 206
Biologie	Di	5.2.	14.00	VG 106
Handels-LA.	Mi	6.2.	13.30	VG 206
Religion	Mi	6.2.	15.00	VG 206

In diesen Informations- und Beratungsveranstaltungen soll der neue Studiengangsführer verteilt und erläutert und Fragen zur Studiengestaltung mit Vertretern der Studienkommissionen und Fachschaften geklärt werden. Veranstaltungen zu weiteren Studiengängen werden im Sommersemester angebotet.



Termine SS 80 bis WS 80/81

Betr.: Termine für das SS 80, WS 80/81, SS 81, WS 81/82
Vorbekanntlich der Absprache mit den anderen nds. Hochschulen hat der Senat folgende Termine für das SS 1980, WS 80/81, SS 81 und WS 81/82 beschlossen:

	Sommersem. 80	Sommersem. 81
Beginn des Sommersemesters:	1.4.1980	1.4.1981
Orientierungswoche:	14.4.-18.4.80	21.4.-24.4.81
Beginn der Lehrveranstaltg.:	21.4.1980	27.4.1981
Pfingstferien:	27.5.-30.5.80	1.6.-5.6.81
Ende der Lehrveranstaltg.:	18.7.1980	17.7.1981
	Winters. 80/81	Winters. 81/82
Beginn des Wintersemesters:	1.10.1980	1.10.1981
Orientierungswoche:	13.10.-17.10.80	12.10.-16.10.81
Beginn der Lehrveranstaltg.:	20.10.1980	19.10.1981
Weihnachtsferien:	22.12.81-4.1.81	21.12.81-3.1.82

Der Senat weist darauf hin, daß für alle Lehrenden der Universität die Pflicht besteht, während der Orientierungswochen für die Beratung der Studenten zur Verfügung zu stehen und sich an den vorgesehenen Beratungs- und Informationsveranstaltungen zu beteiligen.

C 4-Stelle für Fragen der Überleitung

Wir erinnern den Fachbereichsrat III nachdrücklich an seine Verpflichtung zur sozialen Sicherung der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und beantragen unsere Überleitung nach C 2, C 3 oder, am liebsten, C 4. Hilfsweise beantragen wir die Umwandlung unserer Stellen in A 14, A 15 oder A 16 Stellen. Beim Abfassen der Begründungen für die Überleitung bzw. Umwandlung werden wir uns flexibel zeigen. Vorgeringen Widersprüchen in unserer Argumentation schrecken wir nicht zurück. Rechtzeitig möchten wir auch unsere Ansprüche auf die Ämter von Dekan, Hausmeister und Präsident geltend machen. Für das Amt des Präsidenten schlagen wir Gerd Höpken vor, weil er die gewichtigere Persönlichkeit ist (106,5 kg). Günther Ortman hat zugesagt, daß er uns bei diesen Bemühungen unterstützen wird. Ferner beantragen wir noch für den Personalhaushalt 1981/3 C 4-Stellen für Umwandlungs- bzw. Überleitungs-wissenschaften (auch als Ersatz für entsprechende Stellen für Wissenschaftstheorie, da Überleitung und Umwandlung die stärksten Triebkräfte für die Entwicklung der Wissenschaften sind). Diese Stellen können intern ausgeschrieben werden, da wir kompetente Wissenschaftler im Hause haben, die auf diesem Gebiet führend sind.
Gerd Höpken
Gert Reich

Personalien • Personalien •

Ehrentraud Schneider wurde als technische Assistentin beim Projekt 44 eingestellt.
Waldemar Grundmann wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsvorhaben „Vorhersage der Stoffflüsse“ zur Bewertung der Umweltgefährlichkeit von „neuen Chemikalien“ eingestellt.
Klaus Taux wurde als Mitarbeiter im Forschungsvorhaben „Gewässer-ökologische Untersuchungen“ im Fachbereich IV eingestellt.
Hannelore Paape wurde als Bibliotheksangestellte zur Aushilfe eingestellt.
Alf Baumhöfer wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich III eingestellt.
Katharina Ganter wurde als ständig stundenweise Beschäftigte bei der Zentralen Verwaltung/Zentrale Einrichtung: BIS/Dez. 5 eingestellt.
Zwantine Wodtke wurde als Verwaltungsangestellte in der KWW eingestellt.
Ralf Gätke wurde als ständig stundenweise Beschäftigter in der Bibliothek eingestellt.
Robert Goldberg wurde als ständig stundenweise Beschäftigter in der Bibliothek eingestellt.
Heinrich Schumacher wurde als Bibliotheksangestellter zur Aushilfe eingestellt.
Martin Meyer-Renschhausen wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich III eingestellt.

Dr. Helmut Glück, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Osnabrück, wurde mit der Verwaltung der Stelle „Linguistische Pragmatik und Didaktik“ beauftragt.
Karin Hellwig wurde als Verwaltungsangestellte im Botanischen Garten eingestellt.
Dr. Hermann Wiegmann, bisher Studienrat am Gymnasium Ostbevern, wurde mit der Verwaltung der Professorenstelle „Germanistik mit dem Schwerpunkt Literaturtheorie und Literaturrezeption“ beauftragt.

Ulrich Otto wurde mit der Verwaltung der Professorenstelle „Kunsterziehung“ beauftragt.

Karla Oetken wurde als Angestellte im Schreibdienst im Fachbereich IV eingestellt.

Dr. Klaus Winter, Akademischer Rat im Fachbereich I, wurde in den wissenschaftlichen Beirat der Association for Teacher Education in Europe gewählt.

Marianne Maternus wurde als Angestellte im Schreibdienst im Dezernat I eingestellt.

Dr. Herbert Zimmermann, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Max-Planck-Institut in Göttingen, wurde mit der Verwaltung der Professorenstelle „Ethologie und Neurobiologie“ beauftragt.

Pflanzenökologie

10. Jan. 1980 Prof. Dr. M. Runge, Münster: Aluminium als ökologischer Faktor.
17. Jan. 1980 Prof. Dr. H. Dierschke, Göttingen: Möglichkeiten der pflanzensoziologischen Erfassung schmaler Vegetationsgürtel am Beispiel der Waldrand-Zonierungen.
24. Jan. 1980 Prof. Dr. H. Lieth, Osnabrück: Die pflanzliche Primärproduktivität als systemökologisches Problem.
31. Jan. 1980 Prof. Dr. K. Kreeb, Bremen: Die ökologisch-biologische Indikation von Umweltschäden.
7. Febr. 1980 Dr. G. Wiegleb, Oldenburg: Anwendungsmöglichkeiten der Multiplen Diskriminanzanalyse auf die Vorhersage der Gewässergüte mit Hilfe von Makrophyten.
14. Febr. 1980 Priv. Doz. Dr. W. Schmidt, Göttingen: Zur Ökologie

eines westafrikanischen Savannengebietes unter besonderer Berücksichtigung seines Nährstoffhaushaltes. Zeit und Ort: Jeweils donnerstags, 16.00 Uhr im Raum G 2

Gremienplan

9.1.1980	HPK	Senat
16.1.1980	BK/ZSK	FBR
23.1.1980	Senat	HPK
30.1.1980	BK/ZSK	FBR
6.2.1980	Senat	HPK
13.2.1980	BK/ZSK	FBR
20.2.1980	Senat	HPK
27.2.1980	BK/ZSK	FBR
5.3.1980	Senat	HPK
12.3.1980	BK/ZSK	FBR
19.3.1980	Senat	HPK
26.3.1980	BK/ZSK	FBR

Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen am Vormittag um 9.00 Uhr, am Nachmittag um 15.00 Uhr.

Arbeitskreis Kultus

CDU-FRAKTION

im Niedersächsischen Landtag

8000 HANNOVER I, den 27.11.1979

Mitglied: Wilmhelm-Kopf-Platz 1

(Landesbüro)

Telefon (0511) 36 66 66

Fax: 0511 36 66 66

Ab 26. 8. 1979

Neue Ruf-Nr. (0511) 10 30-1

Durchwahl (Senat) 484

ASTA
der Carl-von-Ossiétsky
Universität Oldenburg
Ammerländer Heerstr. 67

AUTOHAUS Büchner V.A.G.
Gebrauchtwagen
Alle Fabrikate
Große Auswahl. Und nicht teuer.
31081
Donnerschwerstr. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 55 50

Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3
in Selbstbedienung

Kopierpreis je Stück 0,10 DM
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

SCHNELLDRUCK-SERVICE
DRUCK-CENTER
Schützenweg 4 · Ruf 04 41/7 55 50

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
Auflage 20 Stück DM 2,50
Auflage 100 Stück DM 5,50
Auflage 500 Stück DM 23,50
Auflage 1000 Stück DM 38,00
Auflage 2000 Stück DM 68,00

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21/22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88



JEANS
VON
Horten
Levis · Wrangler · Pioneer · Lois · Sottler

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG
WALGER-STR.
HERBARTGANG
LANGE-STR.
KURWICKSTR.

HENCKUS
2 Stunden
Büchermenschen-Service
Fachkopen
Buchhändlerarbeiten
Zeitschriften
Berichte
Buchbinden
jeden Herkuns
Edgewicher Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 759 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.
EBS ERLBECK
Weddigenstr. 3 · Oldenburg · Tel. 8 5125
Verkauf Montag bis Freitag von 17.00 - 18.30 Uhr
oder nach Vereinbarung

SPANHAKE
aktuell
In · basteln · basteln · basteln
Jeder braucht ein Hobby
Auch Du!
Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!
oldenburg - lange str.

Spedition
Möbeltransport
International
DEUS
TEL. (04 41) 7 10 01

Grund- & bodensolide
ÖBS Immobilien GmBH
OLDENBURG · MARKT · RUF 0411/2371

Mit der OBS den Grundstein legen.
ÖBS Öffentliche Bausparkasse
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN
Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil